

Interview mit Milka Tyszkiewicz und Josef Pinior

«Kapitalismus mit menschlichem Antlitz ist für Polen eine Illusion»

Vor zehn Jahren wurde die unabhängige Gewerkschaftsbewegung *Solidarnosc* gegründet. Heute steckt Polen in einer wirtschaftlich und politisch schwierigen Situation. Der Weg der Wirtschaftsreform, den Polen eingeschlagen hat, scheint undemokratische Lösungen zu begünstigen. Roland Brunner weilte in Polen und unterhielt sich mit Milka Tyszkiewicz, *Solidarnosc*-Aktivistin, und Josef Pinior, langjähriges Mitglied der fünfköpfigen illegalen *Solidarnosc*-Führung. Beide sind heute in Wrocław Mitglied des Politischen Sozialistischen Zentrums (PSZ), eine unserer Strömung nahestehende Gruppierung.

Wie würdet ihr die polnische Gesellschaft von heute charakterisieren?

Josef Pinior: Niemand hat heute eine Antwort auf diese Frage. Wir haben eine andere Situation als in der DDR. Die Nomenklatura kontrolliert hier immer noch die Wirtschaft, die Armee und ganz allgemein den Staatsapparat. Wir können daher in Polen nicht von einer Restauration des Kapitalismus sprechen. Es besteht kein Zweifel, dass die Wirtschaft entbürokratisiert werden muss, Marktmechanismen eingeführt werden sollen und eine allgemeine Rationalisierung unumgänglich ist. Die Frage lautet aber, ob die Wirtschaftsreformen verbunden sein werden mit einer Emanzipation der Arbeitenden und eines Grossteils der Gesellschaft und mit der Entwicklung einer allgemeinen Demokratisierung und Selbstverwaltung, oder ob die Wirtschaftsreformen im Namen eines «Kapitalismus mit menschlichem Antlitz» erfolgen werden. Die ArbeiterInnen wehren sich gegen Betriebsschliessungen, Arbeitslosigkeit usw. Wir müssen im Moment statt von einer Restauration

des Kapitalismus eher von der Einführung eines Marktstalinismus sprechen. Diese Prozesse sind aber noch nicht abgeschlossen, und daher ist es schwierig, eine Charakterisierung vorzunehmen.

Die Pläne des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Regierung Balcerowicz zur Kapitalisierung Polens existieren zwar, aber zwischen diesen Plänen und ihrer Realisierung liegen Welten. Es gibt hier kein nationales Bürgertum, das diese Rolle spielen könnte.

Milka Tyszkiewicz: Vor den Verhandlungen am runden Tisch gab es soziale Kräfte wie z.B. die Bauern, von denen man dachte, sie würden die Restauration des Kapitalismus befürworten. Die Bauernschaft in Polen besteht hauptsächlich aus kleinen Landwirten mit eigenem Land, die auf tiefer Ebene der Produktivität die Lebensmittelversorgung übernehmen. Sie sehen jetzt, dass sie nur mit Protektion des Staates überleben können, die vorher der stalinistische Staat garantiert hat. Jetzt ist die Bauernschaft die grösste und stärkste soziale Kraft, die gegen den Balcerowicz-Plan und gegen den IWF antritt. Vor kurzem kam es zur Vereinigung zwischen einer ehemals staats-treuen und prokommunistischen Bauernpartei und einer unabhängigen, *Solidarnosc* nahestehenden antistalinistischen Partei zur Polnischen Volkspartei, die mit rund 300'000 Mitgliedern die stärkste politische Kraft Polens zu sein scheint. Sie fordern ein Landwirtschaftsprogramm, das weit weg liegt von den Vorstellungen einer kapitalistischen Landwirtschaft.

Josef: Das ist wirklich paradox. Jahrzehntlang haben die Bauern von der freien Marktwirtschaft geträumt. Und jetzt sind ausgerechnet sie die härtesten Gegner ihrer Einführung! Es ist ihnen klar, dass sie keine Chance haben zu einer kapitalistischen Akkumulation. Zu

ihrer eigenen Verteidigung verlangen sie Staatsinterventionismus!

Welche weiteren Kräfte existieren in der polnischen Zivilgesellschaft?

Milka: Wir finden diesen Begriff der Zivilgesellschaft nicht sehr nützlich. Während des Ausnahmezustandes gab es zwei politische Linien in der Opposition: einerseits die Fabriklinie, *Solidarnosc*-Mitglieder, die im Namen und Interesse der Arbeiterklasse kämpfen wollten. Sie wollten eine Alternative zur Staatsmacht aufbauen. Die zweite Linie um Leute wie Jacek Kuron und Adam Michnik unterstützten die Vorstellung einer Zivilgesellschaft im Untergrund.

Josef: In Polen haben wir heute nicht die Konfrontation zwischen einem Staatsapparat-System gegenüber der Gesellschaft. Die Kommunistische Partei in ihrer vorherigen Form gibt es nicht mehr. Oder beispielsweise die neue Bauernpartei: Wie willst du die erklären in einem Modell von Zivilgesellschaft gegen Regierung?

Die kleine unabhängige Bauernpartei war wirklich antistalinistisch. Ihr jetziger Parteichef, Roman Bartoszcze, gilt als Symbol des antistalinistischen Widerstandes. Sein Bruder wurde während des Ausnahmezustandes von der politischen Polizei ermordet. Nach dem Ausnahmezustand waren sie auch im Parlament, und dort brachen sie mit *Solidarnosc*, weil sie gegen das Wirtschaftsprogramm der Regierung sind. Sie stellten fest, dass sie im Glauben an die Zivilgesellschaft darauf verzichtet hatten, eine eigene starke Organisation aufzubauen. Die einzige Kraft, die fähig war, ihre Interessen zu verteidigen, war die stalinistische Bauernpartei. So kam es zur Fusion und der Entstehung der heute wohl mächtigsten politischen Organisation Polens mit etwa

Walesa-Zentrum oder Demokratische Aktion?

Auszüge aus einem Interview mit Bogdan Klich, Fernsehredaktor und Mitglied des «Bürgerkomitee- Demokratische Aktion» (ROAD) in Krakow.

Welche Unterschiede gibt es zwischen dem Walesa-Zentrum und ROAD?

Am wichtigsten ist der personelle Unterschied. Im Zentrum findet man fast keine bekannten Personen neben Walesa, fast keine Intellektuellen, aber eine Vielzahl von Vertretern anderer kleiner Partein wie Christdemokraten usw., deren gemeinsamer Nenner darin besteht, dass sie Walesa zum Präsidenten haben wollen. ROAD wird angeführt von einigen bekannten Solidarnosc-Führern wie Adam Michnik, Jacek Kuron usw. Diese Leute sind mehr Intellektuelle und Politiker als Gewerkschafter. Aber ihre Unterstützung finden sie bisher zu fast 100 Prozent unter Intellektuellen. Das kann sich aber ändern mit der Entstehung einer neuen Mittelklasse in Polen.

Woher soll diese soziale Mittelklasse kommen?

Im Moment gibt es etwa 600'000 Arbeitslose. Je schneller die Veränderungen aber vor sich gehen, um so höher wird die Zahl der Arbeitslosen werden. Es gibt dann zwei Möglichkeiten: Entweder man bezahlt Arbeitslosengelder, oder wir unter-

stützen sie und helfen ihnen, ihre eigenen kleinen individuellen Unternehmen zu gründen. Unser Programm ist es, diesen Menschen spezielle Kredite zu geben, ihre Steuern zu senken um sie zu ermutigen, ihre privaten Unternehmen zu gründen.

Das tönt nach liberalem Wirtschaftsprogramm. Walesa greift ROAD doch aber an, Linke zu sein...

Jacek Kuron hat erklärt, er komme von der Linken und sei es immer noch. Um aber in Polen heute ein Linker zu sein, müsse man den Kapitalismus einführen. Wenn der Kapitalismus dann Wirklichkeit sei, könne man darüber nachdenken, eine Rolle zu spielen wie die Demokraten in den USA. Es geht hier also nicht um eine sozialistische Linke. Wir vertreten die Idee des sozialen Wohlfahrtsstaates. Kuron gebrauchte das Beispiel Deutschlands. Ihn anzuklagen, er sei ein Linker, ist paranoid. (...)

Eine Gefahr besteht, dass die alten Kommunisten jetzt als neue Unternehmer auftreten. Die breiten Schichten der Bevölkerung verfügen ja nicht über Kapital, um den Staatssektor aufzukaufen. Wenn wir in Polen Kapitalisten haben werden, so sind das Leute, die mit der Nomenklatura verbunden waren oder selbst zu ihr gehörten. Aber ich sage: Was soll's? Man darf hier nicht in Kategorien der Moral denken.

Aber werden die alten Nomenklaturmitglieder damit nicht auch wieder eine starke Rolle in der Politik spielen?

Nein, nein. Aus zwei Gründen: Erstens haben sie dazu kein politisches Instrument mehr. Die Überbleibsel der KP sind schwach und praktisch bedeutungslos. Zweitens verändern sich die Köpfe der Menschen mit ihren Lebensumständen. Wenn sie Fabrikbesitzer, Unternehmer sind, werden sie auch nicht mehr an einem linken Programm interessiert sein, sondern an einem rechten. Sie werden dann nicht Partein wie die Sozialdemokratie unterstützen, sondern rechte Partein... *Oder ROAD zum Beispiel?*

... ja, oder ROAD. Deshalb habe ich keine Angst vor einer politischen Rückkehr der alten Nomenklatura. Natürlich setzt eine Stabilisierung des politischen Systems voraus, dass die Menschen sich aktiv beteiligen. Im Moment ist die Gesellschaft sehr passiv.

Ist das nicht ein Widerspruch? Sie fordern eine aktive Bevölkerung und gleichzeitig werden sie die Interessen dieser Bevölkerung angreifen müssen, wenn sie eine freie Marktwirtschaft einführen.

Natürlich ist das ein Widerspruch. Unsere Situation besteht aus einer Vielzahl von Widersprüchen. Der zentrale: Wenn wir unsere Wirtschaft radikal umbauen wollen, brauchen wir dazu möglichst schwache Gewerkschaften.

300'000 Mitgliedern, der materiellen Grundlage der alten stalinistischen Organisation und einer Führung, die von der Solidarnosc-Legitimation lebt.

Das Konzept der Zivilgesellschaft lässt sich anwenden, wenn ein Staat existiert. Das «Zivile» hat nur dann einen Sinn, wenn eine Gesellschaft sich mit dem Staat konfrontiert.

Milka: Die Idee der Zivilgesellschaft kommt noch aus der Zeit des Stalinismus, als es die beste Möglichkeit der Verteidigung gegen den Repressionsapparat zu sein schien, keine Organisation aufzubauen. Wasser kann man nicht fassen! Aber das funktioniert nicht, wenn man konkrete Probleme einer Demokratie anpacken will: Wie werden Wahlen oder Abstimmungen organisiert? Wie die eigenen Interessen verteidigen, wenn man nicht organisiert ist?

Josef: Zudem widerspricht das Konzept der Zivilgesellschaft total den Ursprüngen von Solidarnosc, die 1980/81 in den Fabriken gegründet wurde. Heute wird unter Zivilgesellschaft ein völlig von der ökonomischen Basis losgelöstes parlamentarisches System verstanden. Wenn man die Menschen nicht auf der mate-

riellen Grundlage der Gesellschaft organisiert, wird es auch nicht gelingen, die Probleme der Gesellschaft zu lösen!

Was ist Solidarnosc heute? Was repräsentiert sie in der polnischen Gesellschaft?

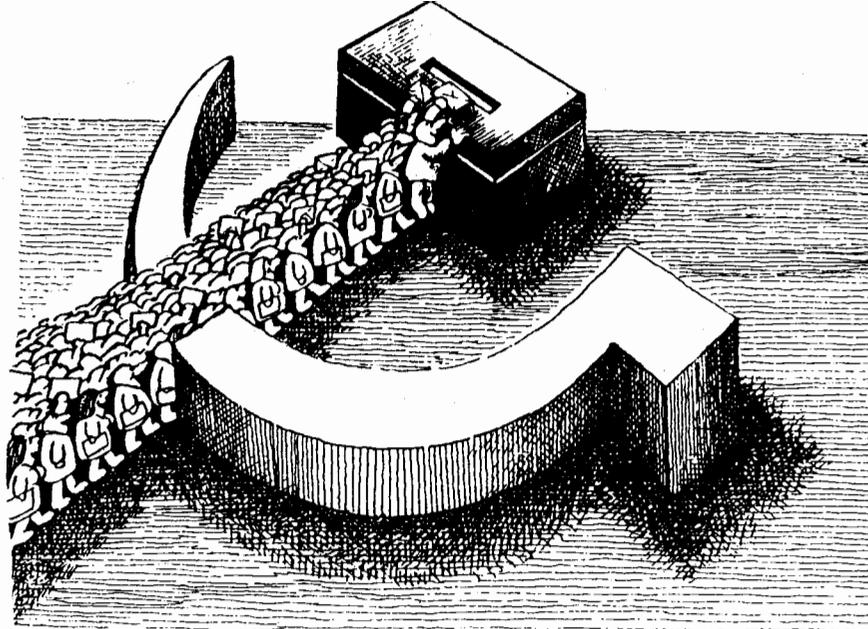
Josef: Solidarnosc 1980/81 war eine völlig neue Art einer revolutionären ArbeiterInnenbewegung. Sie stellte eine wirkliche Alternative zur herrschenden Macht, zum Staatsparteien-System dar, und das auf der Grundlage der Betriebe. Jede Betriebskommission von Solidarnosc war eigentlich ein klassischer Sowjet, ein Arbeiterrat, zentralisiert auf regionaler und nationaler Ebene, mit einer wirklichen Demokratie in ihren Strukturen, mit einem egalitären Denken, mit Menschenrechtsideen. Es war etwas Wundervolles, wirklich Neues.

Aber diese Bewegung war mit dem Problem der Sprache konfrontiert. Wenn die ArbeiterInnen die Bürokratie ablehnten, so mussten sie auch die Sprache der Bürokratie ablehnen. Die Bürokratie brachte die emanzipatorische Sprache der so-

zialistischen Bewegung völlig in Misskredit. Arbeiterführer wie Lech Walesa, Wladyslaw Frasyniuk oder Zbigniew Bujak mussten deshalb ihre Ideologie, ihre Vorstellungswelt anderen Bereichen der Gesellschaft entlehnen: der Kirche oder bei den Liberalen. Innerhalb von Solidarnosc entstand so ein Widerspruch zwischen der revolutionären Herausforderung, die Solidarnosc darstellte, und dem ideologisch verfärbten Bewusstsein in der Führung.

Die Verhängung des Kriegsrechtes bedeutete dann 1981 eine wirklich tiefe Niederlage für die polnische ArbeiterInnenklasse. Die Führung von Solidarnosc sass im Gefängnis und musste untertauchen. Die Staats-Bürokratie rechtfertigte die Verhängung des Kriegsrechtes mit der Notwendigkeit, den Sozialismus zu verteidigen, und pervertierte so die Idee des Sozialismus von neuem.

Nach Beendigung des Ausnahmezustandes bestanden durch die eingeschränkten Spielräume im Untergrund nur sehr schlechte Kontakte zwischen der Solidarnosc-Führung und den Betrieben. Zudem nahm die Bürokratie der westlichen Gewerkschaften starken propagandisti-



schen Einfluss: Sie identifizierten Sozialismus und Stalinismus. Auf diesem Hintergrund begannen dann die Verhandlungen am runden Tisch zwischen der Solidarnosc-Führung und den alten Unterdrückern. Eine Übereinkunft mit der stalinistischen Bürokratie! Auf der einen Seite bedeutete das einen riesigen politischen Erfolg für die polnische ArbeiterInnenklasse. Walesa gewann die Anerkennung von Solidarnosc, politische Rechte und Freiheiten usw. Insofern war es ein wichtiger Schritt vorwärts. Auf der anderen Seite stimmte die Solidarnosc-Führung aber bei diesen Verhandlungen den IWF-Projekten zu, die von der Bürokratie vorgeschlagen wurden. Von dieser Seite her gesehen war der runde Tisch eine Niederlage, und sie führte zum Widerspruch unserer heutigen Situation: Der Widerspruch zwischen den emanzipatorischen Wünschen der Mehrheit der Bevölkerung und den Wirtschaftskorrekturen, die keine Verbesserung des Lebensstandards mit sich bringen.

Heute ist der Charakter von Solidarnosc daher sehr widersprüchlich. Einerseits ist sie klassische ArbeiterInnenbewegung, nicht mehr ganz so stark wie vor dem Kriegsrecht, aber mit 2 Millionen Mitgliedern nach der Niederlage des Ausnahmezustandes immer noch ein wichtiger politischer Faktor. Andererseits ist sie aber eine klassische ArbeiterInnenbewegung mit einer klassischen reformistischen Führung, die Kompromisse mit der Nomenklatura abschliesst und die vor dem Imperialismus kapituliert. Nur leider gibt es in Polen keinen Platz für reformistische Politik! Um sozialdemokratische Politik machen zu können, müssen für die ArbeiterInnen Zugeständnisse herauschauen. In der jetzigen wirtschaftlichen Misere Polens ist das aber unmöglich. Das provoziert einen neuen Widerspruch innerhalb von Solidarnosc

zwischen der Führung und einer neuen Welle der Radikalisierungen an der Basis gegen die Auswirkungen der Regierungspolitik.

Milka: Sowohl die stalinistische als auch die bürgerliche Propaganda haben die Illusion geweckt, Stalinismus und Sozialismus seien dasselbe und der Kapitalismus sei eine universelle Alternative dazu. Das gab das Terrain ab für die Übereinkunft zwischen Nomenklatura und Solidarnosc-Führung. Die Spitzen der Nomenklatura betrachten die Einführung kapitalistischer Methoden der Arbeitskontrolle und der Ausbeutung als gute Perspektive. Das Problem liegt darin, dass die einzige finanzstarke soziale Schicht in Polen die stalinistische zentrale Spitzen-Bürokratie ist. Die Solidarnosc-Führung wollte die Nomenklatura bekämpfen und musste daher ein Bündnis eingehen mit dem gefährlichsten Teil, nur weil das die einzigen sind, die in Polen wirklich an der Einführung des Kapitalismus interessiert sind. Sie haben Geld und können überleben, egal in welcher Art von System.

Welche Prozesse und Differenzierungen geschehen innerhalb von Solidarnosc?

Josef: Die ganze Sache ist noch recht unklar, da es sich praktisch nur um Spaltungen in der Leitungsebene von Solidarnosc handelt. Es gibt jetzt zwei Gruppen: Ein Zentrum um Lech Walesa und eine Gruppe namens ROAD (Bürgerkomitee – demokratische Aktion) mit bekannten Intellektuellen wie Adam Michnik, Chefredaktor der Solidarnosc-Tageszeitung «Gazeta Wyborcza», Prof. Bronislaw Geremek, Vorsitzender der Parlamentsfraktion von Solidarnosc, Jerzy Turowicz, Chefredaktor der renommierten katholischen Wochenzeitung «Ty-

godnik Powszechny», und Arbeiterführern wie Wladyslaw Frasyniuk und Zbigniew Bujak. Beide Gruppen sind offen für die Einführung des Kapitalismus in Polen. Walesa greift ROAD an, sie kollaborierten mit der Nomenklatura. ROAD greift Walesa an, er wolle zum Diktator Polens werden. Aber es gibt keine programmatischen Unterschiede zwischen den beiden Gruppen – das betonen sie selbst. Natürlich gibt es Unterschiede auf ideologischer Ebene. In Walesas Gruppe finden wir eine sehr starke anti-kommunistische Propaganda. Bei ROAD herrscht eine liberale Ideologie vor. **Milka:** Die Leute der ROAD kommen von der linken Seite her. Sie bezeichnen das Nachkriegspolen als totalitären Staat und identifizieren ihn heute mit der Idee des Sozialismus. Sie sagen: Wir waren selbst Sozialisten und haben diese Fehler gemacht, aber jetzt haben wir gelernt. Ihre Kritik fügt daher dem Sozialismus vielleicht mehr Schaden zu als die Kritik von rechts.

Josef: Aber diese Differenzierungen sind noch sehr unklar, denn gleichzeitig gibt es Prozesse neuer Radikalisierung an der Basis wie kürzlich bei den Eisenbahnern. Walesa unterstützt diese ArbeiterInnenproteste gegen die Verarmung in seinem Kampf um die Macht. Er benützt die Radikalisierung für seine eigenen Ziele, muss sie dazu aber auch wirklich unterstützen. Am Schluss unterstützte er beispielsweise auch den Streik der EisenbahnerInnen. Sie kämpften für mehr Lohn und gewannen auch. Dasselbe bei den Protesten und Blockaden der Bauern.

Walesas Projekt ist zwar ein autoritäres, aber er muss sich im Kampf um die Macht auf eine neue Radikalisierung stützen. Falls Walesa Präsident wird und er seinen Plan der Beschleunigung der Reformen umsetzt – schnellere Privatisierungen usw. –, wird er die ArbeiterIn-



nen hart angreifen müssen. Wir sehen also selbst innerhalb seines Projektes einen Widerspruch.

Milka: Den selben Widerspruch finden wir auch im Michnik-Lager. Einerseits betonen sie, sie seien für mehr Demokratie, gegen die Diktatur von Walesa als Präsident, aber gleichzeitig setzen sie die Polizei gegen streikende und blockierende Bauern und Eisenbahnler ein. Sie waren nicht einmal bereit, mit der nationalen Streikleitung zu verhandeln. Jacek Kuron, heute Arbeitsminister in dieser Regierung, greift die ArbeiterInnen hart an, um die IWF-Massnahmen durchzusetzen. Im Parlament verteidigte er den Polizeieinsatz gegen streikende Bauern. Als Arbeitsminister der Solidarnosc! Unter diesen Voraussetzungen sollte er vom Arbeitsministerium zum Polizeiministerium wechseln!

Welche Erfolge waren denn den Wirtschaftsreformen bisher beschieden?

Milka: Im ersten Halbjahr 1990 ist die Industrieproduktion in Polen um etwa 40% eingebrochen. Löhne wurden eingefroren, harte IWF-Massnahmen durchgesetzt. Die Regierung hoffte, damit eine Aufteilung in gute und schlechte Betriebe zu erreichen. Die guten sollten überleben, die schlechten eingehen. Aber das funktioniert nicht. Nur ein einziger Betrieb hat Bankrott gemacht, und das war eines der rentabelsten Unternehmen in Polen. Die Betriebsführung vertraute der Regierungspolitik, vertraute auf Kredite usw., führte moderne Technologien ein. . . und dann kamen die harten IWF-Massnahmen. Eine Verteuerung der Kredite führte zum Bankrott. Betriebe, die schlecht liefen, waren vorsichtiger, liessen alles laufen wie bisher und überleben dadurch. Ein ähnliches Problem haben wir im

Bergbau. Eigentlich müssten aus Gründen des Umweltschutzes und der menschlichen Arbeitsbedingungen, aber auch der Rentabilität die meisten Minen augenblicklich geschlossen werden. Aber es gibt für die ArbeiterInnen keine Alternativen. Hohe Arbeitslosigkeit würde das Resultat. Die Bergarbeiter protestierten, und bis heute ist keine einzige Mine geschlossen worden. Mit allen Sektoren unserer Wirtschaft geht es ständig bergab, aber niemand macht wirklich bankrott.

Das tönt recht harmonisch. Gibt es keine sozialen Konsequenzen?

Milka: Bis jetzt sind die direkten sozialen Folgen noch relativ bescheiden im Vergleich zu dem, was auf uns zukommen kann. Die Regierung hoffte, ausländisches Kapital würde nach Polen fließen. Bisher kam es aber noch kaum zu Investitionen. Einzig der Multi Asea Brown Boveri (ABB) hat eine 80%-Beteiligung an einem Betrieb hier. Die Betriebsleitung machte Solidarnosc grosse Versprechungen über die Löhne, Arbeitsplätze usw. Nach zwei Monaten wurden die Löhne gekürzt und einige Arbeiter entlassen. Als nun ABB in Wroclaw eine zweite Fabrik aufkaufen wollte, war Solidarnosc viel vorsichtiger. Die Verhandlungen liefen aber zwischen ABB und der Nomenklatura. Als die Solidarnosc-Kommission mit der ABB-Leitung diskutieren wollte, erhielten sie durch die Nomenklatura die ABB-Antwort, der Konzern hätte schon Verhandlungspartner.

Ich denke, es wird für ausländische Investoren immer schwieriger, in Polen Fuss zu fassen, da die ArbeiterInnen am eigenen Leib Erfahrungen machen, was ausländisches Kapital bedeutet. Die ArbeiterInnenklasse ist immer noch zu stark,

um gegen sie einen Dritt-Welt-Kapitalismus einzuführen.

Kein Kapitalismus, kein Sozialismus, was dann?

Josef: Es gibt keine Alternativen. Es gibt in dieser Situation keine ernsthafte, ehrliche revolutionäre Alternative. Einerseits ist die ArbeiterInnenklasse hier zwar tatsächlich sehr stark, aber wir sind auch mit einer Situation tiefer Demoralisierung in der ganzen Gesellschaft konfrontiert. Die einsetzende Arbeitslosigkeit führt zu einem Prozess der Deklassierung, der Lumpenproletarisierung, des kleinen Strassenhandels, der zunehmenden Aggressivität und Gewalttätigkeit. In einer Zeit so tiefer Frustration ist die Gefahr eines neuen autoritären Regimes am grössten. Ich weiss auch nicht, welche Art von Autoritarismus das sein wird: Vielleicht ein neostalinistischer Autoritarismus, der sich auf Teile der ArbeiterInnenklasse abstützt. Autoritarismus von rechts ist auch möglich, aber der Imperialismus hat in Polen keine Möglichkeit der direkten Intervention wie in der DDR. Ein Autoritarismus von neostalinistischer Seite ist wahrscheinlicher und gefährlicher.

Daneben gibt es aber weiterhin Interventionsmöglichkeiten von einem linken, revolutionären Standpunkt aus. Für die Menschen ist der Stalinismus keine Antwort auf ihre Probleme, und der Kapitalismus wird diese Antwort auch schuldig bleiben. Der Kapitalismus mit menschlichem Antlitz ist in Polen eine Illusion. Mit der Wahrnehmung der konkreten Interessen werden sich die Menschen mit Stalinismus, aber auch mit dem Kapitalismus konfrontieren müssen. Hier liegt die Chance der Herausbildung einer linken, revolutionären Alternative. Aber das wird ein langer Weg sein. . .